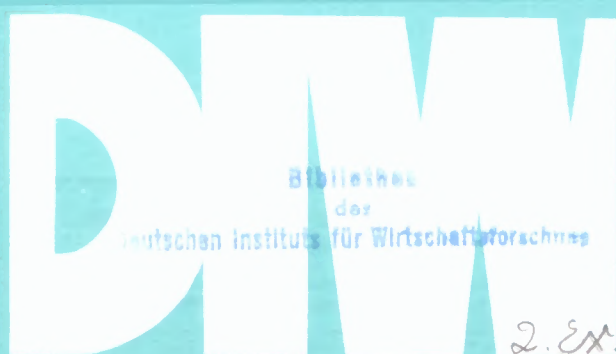




DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 23/79

Berlin

8. Juni 1979

46. Jahrgang

Bundesbank wieder auf „antizyklischem“ Kurs?

Ende vorigen Jahres hat die Deutsche Bundesbank einen härteren geldpolitischen Kurs eingeschlagen. Diskont- und Lombardsatz sind inzwischen deutlich heraufgesetzt worden, die Bankenliquidität ist fühlbar geschrumpft. Diese „Wende der Geldpolitik“ ist vielfach begrüßt, aber auch — nicht zuletzt von Vertretern der Regierung — kritisiert worden.

Die Befürworter der jüngsten geldpolitischen Maßnahmen führen ins Feld, daß es im Winterhalbjahr 1978/79 zu einer Häufung von stabilitätsgefährdenden Vorgängen gekommen sei, die eine Verschärfung der Geldpolitik geradezu herausgefordert habe: Die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte gewannen — auch dank staatlicher Konjunkturprogramme — an Dynamik. Die Kreditexpansion verstärkte sich auf breiter Front. Im Oktober und November führten umfangreiche Devisenmarktinterventionen zu einer Aufblähung der Bankenliquidität. Die ohnehin lebhaft monetäre Expansion, namentlich das Wachstum der Zentralbankgeldmenge, beschleunigte sich, und der anhaltende Rückgang der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes deutete auf einen weiteren Aufbau des monetären Expansionspotentials hin. Als besonders alarmierend wurde aber angesehen, daß die Zuwachsrate der Lebenshaltungskosten binnen weniger Monate von 2 auf 3 vH stieg — eine Entwicklung, die auf die inflatorischen Gefahren aufmerksam machte, die sowohl von der Binnenkonjunktur als auch von der Außenwirtschaft — Ölverteuerung, Wegfall der Aufwerttendenz der D-Mark — ausgehen.

Demgegenüber halten die Kritiker der Bundesbank den geldpolitischen Kurswechsel für verfrüht. Die Konjunktur habe sich noch keineswegs gefestigt, und die Geldwertstabilität sei primär durch die Ölverteuerung, also nicht durch konjunkturelle Vorgänge, bedroht.

Die Diskussion hat sich damit auf die Frage konzentriert, ob der Zeitpunkt für eine geldpolitische Kurskorrektur richtig gewählt war. Diese Betrachtungsweise richtet sich noch sehr an den Kategorien einer diskretionär antizyklischen Konjunkturpolitik aus. Nur selten wird das viel entscheidendere Argument gebracht, daß die einschneidende geldpolitische Korrektur gegen das Postulat einer mittelfristig orientierten Verstetigungsstrategie verstößt¹. Vergessen scheint zu sein, daß es gerade das Versagen der diskretionären Konjunkturpolitik war, das dem Konzept der Verstetigungsstrategie den Boden bereitere und auch die Bundesbank veranlaßte, eine „in der Grundtendenz stetige Geldpolitik“ anzustreben².

Dieses Konzept basiert auf der Überlegung, daß die Konjunkturprognosen und die Informationen über Stärke und zeitliche Verteilung der Wirkungen konjunkturpolitischer Maßnahmen nicht zuverlässig

¹ Zu den Ausnahmen gehört das letzte Gemeinschaftsgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute: Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1979. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 15-16/1979.

² Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1974, S. 26.

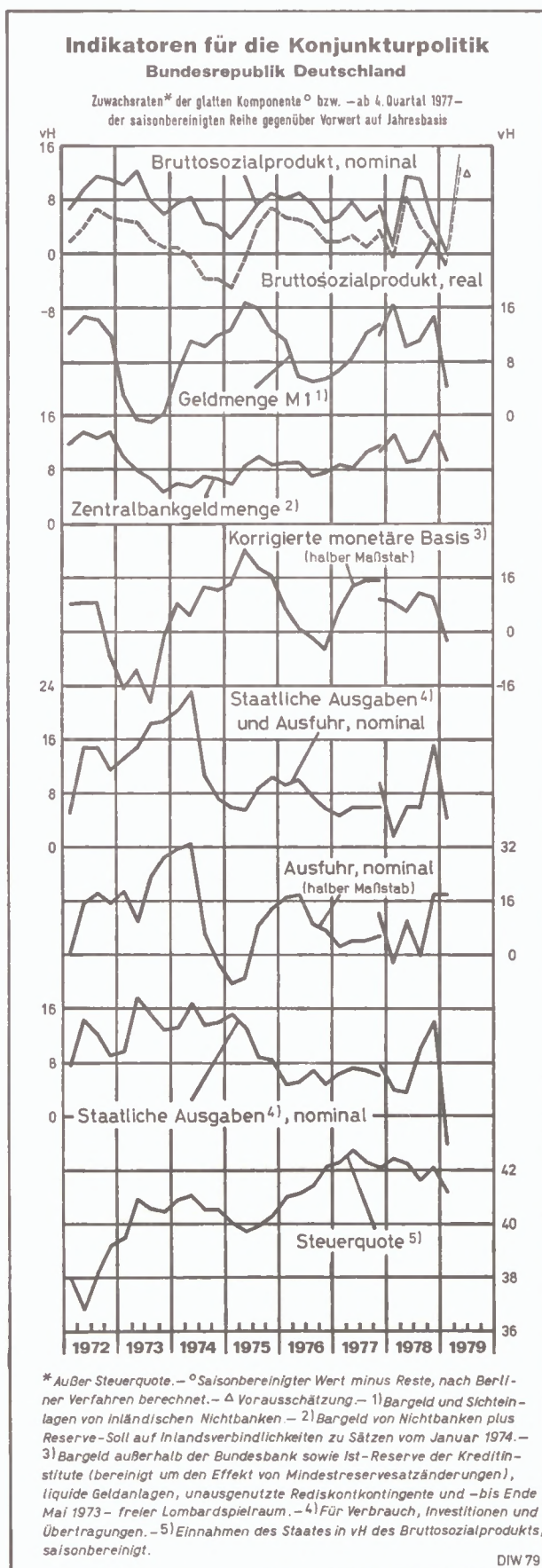
genug sind, um eine antizyklische Feinsteuerung der Konjunktur zu erlauben. Allzuoft reagierte die Wirtschaftspolitik auf eine konjunkturelle Übersteigerung (Abschwächung) zu spät, so daß sie den darauffolgenden Abschwung (Aufschwung) verstärkte. So ist nicht auszuschließen, daß ein anhaltend harter geldpolitischer Kurs im Jahre 1979 zwar wenig gegen die derzeitigen Preissteigerungstendenzen ausrichtet, dafür aber in einer Phase (1980) restriktiv wirkt, in der sich die Konjunktur wahrscheinlich wieder abschwächt. „Antizyklische“ Politik droht also prozyklisch zu wirken. Deshalb bietet es sich an, auf geldpolitische „Wechselbäder“ und kurzatmige Konjunkturprogramme — wie sie immer noch gang und gäbe sind — zu verzichten und dafür die Geld- und Finanzpolitik selber zu verstetigen. Die Ausgaben- und Steuerpolitik des Staates und das Geldangebot der Notenbank hätten sich also an den mittelfristigen Wachstumsmöglichkeiten der Volkswirtschaft statt an kurzfristigen Konjunkturindikatoren zu orientieren. Eine solche Strategie böte zwar keine Garantie für ein stetiges Wachstum bei Vollbeschäftigung und Geldwertstabilität, aber sie könnte eher zur Milderung konjunktureller und stabilitätspolitischer Probleme beitragen als die traditionelle Konjunkturpolitik.

Die plausiblen Grundsätze einer Verstetigungsstrategie sind allerdings schwer zu verwirklichen. Dies gilt in hohem Maße für die Finanzpolitik. Im Spannungsfeld zwischen fiskalischen und wachstumspolitischen Postulaten steuert sie seit eh und je einen Kurs, der zwischen Expansion (Konjunkturprogrammen) und Kontraktion (Konsolidierung) schwankt (dies illustriert der Verlauf der „Zuwachsraten staatlicher Ausgaben“ und der „Steuerquote“ in der Abbildung „Indikatoren für die Konjunkturpolitik“)³. Wahrscheinlich wird auch der Expansionskurs von 1978/79 im kommenden Jahr durch eine Politik der Konsolidierung abgelöst werden.

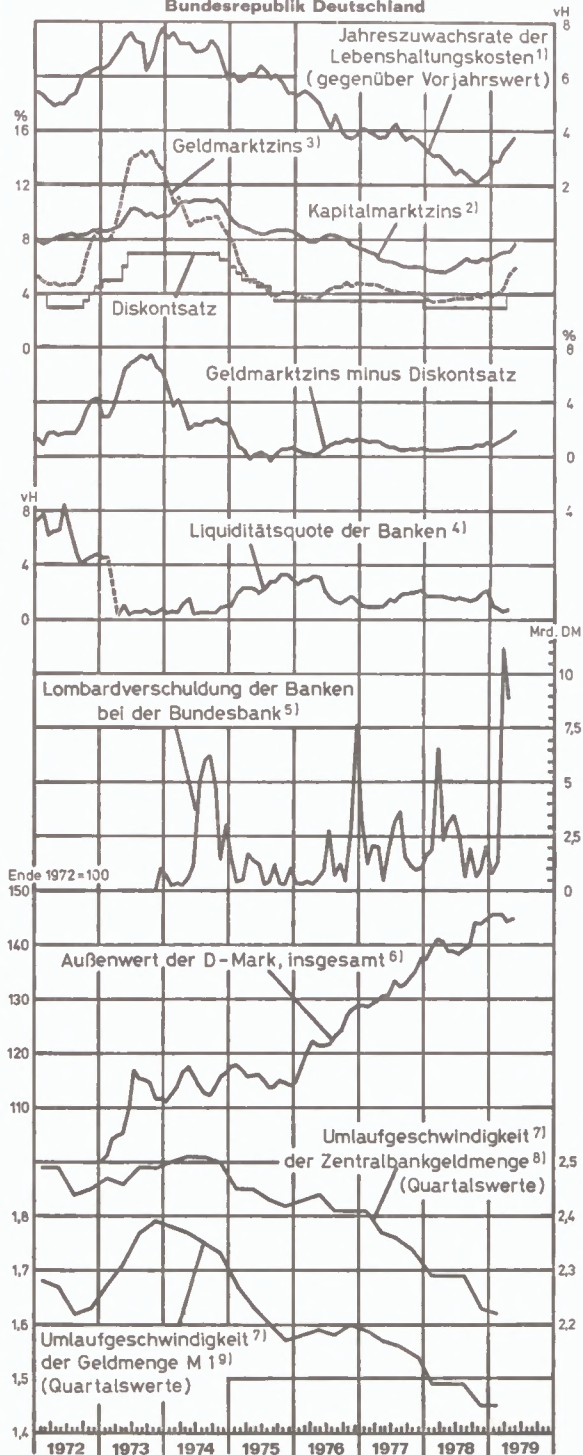
Auch die Notenbank neigt nach wie vor zu Überreaktionen auf aktuelle Konjunkturindikatoren. Ihrer Verstetigungsstrategie stehen aber auch zwei objektive Hindernisse im Wege:

- Immer wieder sieht sich die Bundesbank veranlaßt, zur Stützung der eigenen Währung oder fremder Währungen auf den Devisenmärkten zu intervenieren oder die Interventionen anderer Notenbanken mit Swap-Krediten zu unterstützen. Dies erzeugt unerwünschte Schwankungen der Geldversorgung von Banken und Wirtschaft.
- Das von der Bundesbank benutzte Instrumenta-

³ In der Abbildung weist die Reihe der Zuwachsraten einen Bruch auf: Da die glatte Komponente die aktuelle Entwicklung unzureichend widerspiegelt, sind vom 4. Quartal 1977 an die saisonbereinigten Werte zugrunde gelegt worden.



Inflationsrate, Zinssätze und andere monetäre Indikatoren Bundesrepublik Deutschland



1) Alle privaten Haushalte. — 2) Rendite inländischer festverzinslicher Wertpapiere im Umlauf. — 3) Satz für Dreimonatsgeld in Frankfurt/Main. — 4) Freie Liquiditätsreserven in vH der reservspflichtigen Verbindlichkeiten. Von April 1973 an Neuberechnung der Deutschen Bundesbank. — 5) Monatliche Durchschnittsbestände an Sonder- und befristeten Lombarkrediten der Bundesbank. — 6) Gegenüber 23 wichtigen Handelspartnern der Bundesrepublik Deutschland. — 7) Nominales Bruttosozialprodukt dividiert durch jeweilige Geldmenge, saisonbereinigt. — 8) Originalwert der Zentralbankgeldmenge (Bargeld von Nichtbanken plus Reserve-Soll auf Inlandsverbindlichkeiten zu Sätzen vom Januar 1974) vom DIW geschätzt. — 9) Bargeld und Sichteinlagen von inländischen Nichtbanken. —

DIW 79

rium ist nicht flexibel genug, um eine rasche und reibungslose Neutralisierung unerwarteter Zuflüsse und Abflüsse von Liquidität zu gewährleisten.

Mit Währungsunruhen wird die Bundesbank weiterhin leben müssen. Durchaus möglich ist aber eine Verbesserung des geldpolitischen Instrumentariums. Wie dringend eine solche Reform ist, zeigt die Analyse der Geldpolitik in den letzten anderthalb Jahren.

Überreaktion der Geldpolitik im Frühjahr 1979

In den ersten neun Monaten vorigen Jahres entsprach die Geldpolitik weitgehend den Normen einer Verstetigungsstrategie. Die Bundesbank ließ es zu, daß der im Verstetigungskonzept vorgesehene „built-in-stabilizer“, der einer Übersteigerung entgegenwirken soll, mehr und mehr zum Zuge kommen konnte, ohne den konjunkturellen Aufschwung im Keime zu ersticken. Ein wichtiges Element dieses Stabilisators ist die Bankenliquidität, deren Rückgang das Kreditangebot dämpft; ein weiteres Element sind die Zinssätze, deren Anstieg die Kreditnachfrage bremst und die Geldvermögensbildung anregt. So wurde die sehr kräftige Geld- und Kreditexpansion zum Teil zu Lasten der Liquiditätsreserven der Banken finanziert; diese verringerten sich nahezu kontinuierlich von fast 14 Mrd. DM im Dezember 1977 auf 9 Mrd. DM im September 1978, die Liquiditätsquote⁴ sank von 2,2 auf 1,4 vH. Außerdem begann sich der Kapitalmarkt anzuspannen. Die Rendite festverzinslicher Wertpapiere stieg von 6 % im Juni auf 6,6 % im Dezember 1978. Ferner wurden die Laufzeiten kürzer. Ein brauchbarer Indikator hierfür ist der Anteil des Bruttoabsatzes von gesamtfälligen Schuldverschreibungen mit einer Restlaufzeit von mindestens sechs Jahren am Gesamtabsatz. Im ersten Halbjahr 1978 hatte diese Quote den Vorjahrswert noch übertroffen (1. Hj. 1978: 55,9 vH; 1. Hj. 1977: 46,8 vH). Im zweiten Halbjahr war sie bereits niedriger (2. Hj. 1978: 42,4 vH; 2. Hj. 1977: 48,6 vH); nach der Jahreswende hat sich diese Tendenz verschärft (1. Vj. 1979: 31,7 vH; 1. Vj. 1978: 60,6 vH).

Wäre dieser geldpolitische Kurs im Winterhalbjahr 1978/79 fortgesetzt und die Bankenliquidität schrittweise — vielleicht auf 7 Mrd. DM bis 8 Mrd. DM im Frühjahr 1979 — reduziert worden, so hätte die Chance bestanden, die monetäre Expansion einigermaßen stetig auf ein stabilitäts- und wachstums-gerechtes Maß zurückzuführen. Der Umfang des aktuellen und des in Form von Liquiditätsreserven verfügbaren potentiellen Zentralbankgeldes — beides

⁴ Freie Liquiditätsreserven in vH der reservpflichtigen Verbindlichkeiten.

Zur Entwicklung von Zentralbankgeldmenge und Bankenliquidität¹⁾
Schaffung und Vernichtung (–) von aktuellem und potentielltem Zentralbankgeld
in Mrd. DM

Maßnahmen und Transaktionen der Bundesbank	1978		1979	
	Januar bis September	Oktober bis Dezember	Januar	Februar bis April
Mindestreservepolitik ²⁾	3.1	-5.0	-0.5	-2.0
Offenmarktpolitik	0.7	-4.3	0.4	-0.3
Befristete und Sonderlombarkredite	0.8	0.1	-1.2	8.1
Änderung der Rediskontkontingente ³⁾	4.4	0.0	-4.6	5.0
Zusammen	9.0	-9.2	-5.9	10.8
Devisenkäufe oder -verkäufe (-)	7.1	13.2	1.7	-9.7
Transaktionen mit dem Staat ⁴⁾	-12.0	9.4	-3.6	-2.5
Sonstige Vorgänge	-3.6	0.4	-1.7	-0.6
Insgesamt	0.5	13.8	-9.5	-2.0
davon: Änderung der Zentralbankgeldmenge ⁵⁾	5.2	8.9	-2.6	-0.1
Änderung der Bankenliquidität ⁶⁾	-4.7	4.9	-6.9	-1.9

1) Berechnet aufgrund der Tabelle I 3 in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank für Mai 1979.-
2) Durch Festsetzung neuer Mindestreservesätze für Inlandsverbindlichkeiten; ferner Zunahme (-) oder Abnahme der Mindestreserve auf Auslandsverbindlichkeiten.- 3) Sowie geringfügige Geldmarktverschuldung von Nichtbanken gegenüber Kreditinstituten.- 4) Veränderung der Nettoguthaben von Bund, Ländern und Lastenausgleichsfonds bei der Bundesbank.- 5) Bargeldumlauf außerhalb der Bundesbank sowie um Reserve-satzänderungen bereinigte Mindestreserve auf Inlandsverbindlichkeiten.- 6) Überwiegend in Form un-ausgenutzter Rediskontkontingente.

zusammen wird hier als „korrigierte monetäre Basis“ bezeichnet — hätte verlangsamt zugenommen. Die Expansion des Geldvolumens M1 wäre bald ebenfalls schwächer geworden, da sie — wie die Abbildung „Indikatoren für die Konjunkturpolitik“ erkennen läßt — besonders sensibel auf die Entwicklung der korrigierten Basis reagiert. Schließlich wäre auch die Ausweitung der Zentralbankgeldmenge, der geldpolitischen Zielgröße, gebremst worden.

Unter normalen Umständen hätte es zur Fortsetzung der Versteigungspolitik keiner besonderen Aktivitäten der Notenbank bedurft. Daß Bund und Länder gegen Ende vorigen Jahres ihre Zentralbankguthaben auflösen würden, war zu erwarten gewesen. Wie der Tabelle „Zur Entwicklung von Zentralbankgeldmenge und Bankenliquidität“ zu entnehmen ist, sind den Banken im letzten Quartal 1978 aufgrund dieser Transaktionen des Staates reichlich 9 Mrd. DM zugeflossen. Dieser Betrag wäre weitgehend durch die zusätzliche „Zentralbankgeldmenge“, also den zusätzlichen Bargeldbedarf der privaten Haushalte und den Zuwachs des Reserve-solls der Banken, absorbiert worden, so daß zur weiteren schrittweisen Reduzierung der Bankenliquidität nur geringfügige kontraktive Offenmarktoperationen erforderlich gewesen wären. Auch nach der Jahreswende hätte die Bundesbank zunächst kaum etwas zu unternehmen brauchen; denn dem saisonüblichen Liquiditätsentzug durch staatliche Transaktionen entsprach weitgehend eine — eben-

falls saisonübliche — Verminderung der Bargeldbestände von Nichtbanken. Die Bankenliquidität wäre leicht gesunken.

Tatsächlich wurde — entgegen den ursprünglichen Intentionen der Bundesbank — die bisherige Versteigungspolitik nicht fortgesetzt. Interventionen der Bundesbank und der amerikanischen Zentralbank zur Stützung des Dollars führten im vierten Quartal 1978 zu einem erheblichen Liquiditätszustrom (13 Mrd. DM). Hiervon wurde durch eine Mindestreserveerhöhung (5 Mrd. DM) und durch kontraktive Offenmarktoperationen (4 Mrd. DM) nur ein Teil abgeschöpft. Die freien Liquiditätsreserven der Banken erhöhten sich deshalb von 9 Mrd. DM im September auf 14 Mrd. DM im Dezember, gleichzeitig erhielt die monetäre Expansion einen weiteren Anstoß.

Die Geldpolitik war von da an durch eine Überreaktion und, da diese zu Korrekturen zwang, durch einige Hektik gekennzeichnet. Zunächst — nach der Beruhigung der Währungslage — ging es der Bundesbank darum, den Anschluß an den im Oktober abgebrochenen Versteigungskurs herzustellen. Die Kürzung der Rediskontkontingente zum Jahresbeginn diente lediglich dazu, die im letzten Viertel vorigen Jahres entstandene Überliquidität abzubauen. Aber auch die Mindestreserveerhöhung zum Februar lag — für sich genommen — noch auf der bis zum Herbst vorigen Jahres verfolgten Linie.

Zu einer Abkehr von dieser Linie in restriktiver Richtung kam es erst, als die Bundesbank aufgrund der veränderten Währungssituation in großem Umfange Devisen abgab. Im Februar, März und April flossen fast 10 Mrd. DM an Liquidität ins Ausland. Dies drückte die Bankenliquidität bis März auf einen Stand (4 Mrd. DM), der nach den Angaben der Bundesbank aus technischen Gründen nur noch wenig unterschritten werden kann. Darüber hinaus zwang der Liquiditätsabfluß die Banken zu einer extrem starken Lombardverschuldung bei der Bundesbank.

Diese Liquiditätsverknappung war nicht geplant⁵. Deshalb beschloß die Bundesbank, die Rediskontkontingente Anfang April um 5 Mrd. DM aufzustocken. Die Banken nutzten dies zum Teil zur Rückführung ihrer Lombardkredite; überdies nahmen ihre freien Liquiditätsreserven wieder leicht, um eine Mrd. DM, zu. Mitte Mai erklärte die Bundesbank sich bereit, einen Teil der zur Liquiditätsstillegung in Umlauf gesetzten Geldmarktpapiere vorzeitig zurückzukaufen, also zu „monetisieren“. Trotzdem blieb der Geldmarkt angespannt. Der Satz für Dreimonatsgeld lag auch noch Ende Mai bei 6 0/0; er übertraf damit den — inzwischen erhöhten — Diskontsatz nahezu um 2 0/0 und den — ebenfalls angehobenen — Lombardsatz um fast 1 0/0.

Dem Vorwurf, die Liquiditätsknappheit sei bis an ihre Grenzen getrieben worden, kann das Argument der Bundesbank entgegengehalten werden, die statistisch ausgewiesenen freien Liquiditätsreserven gäben unter den heutigen Umständen „den tatsächlichen Refinanzierungsspielraum der Kreditinstitute auch nicht annähernd richtig wieder; er ist de facto weit größer“⁶. Als wesentlicher Grund dafür wird genannt, daß der Lombardkredit den Banken „quantitativ unbegrenzt zur Verfügung stand“.

Dieses Argument ist in einer Hinsicht zutreffend: Die Liquiditätssituation der Banken hätte sich stärker angespannt, wenn die Bundesbank statt des normalen Lombardkredits zu 5 0/0 Sonderlombardkredite zu höheren Sätzen gewährt hätte — wie sie es in der Restriktionsperiode 1973/74 getan hatte. In der damaligen Situation — sie ist mit der heutigen keinesfalls vergleichbar — hatten die Geldmarktsätze ein „exotisches“ Niveau erreicht.

Das Argument der Bundesbank ist jedoch einseitig: Bei annähernd gleichem Stand der statistisch ausgewiesenen Liquiditätsreserven hätte sich die Geldmarktsituation in den letzten Monaten weniger angespannt, wenn die Bundesbank die Kreditinstitute nicht (oder weniger) auf den Lombardkredit verwiesen, sondern ihnen noch mehr Rediskontkontingente eingeräumt und auch über Offenmarktoperationen die Liquiditätsabflüsse ins Ausland neutralisiert hätte. Denn der Lombardkredit dient,

selbst wenn er „unbeschränkt“ zur Verfügung steht, immer noch in erster Linie zur Deckung temporärer Defizite der Banken an Zentralbankgeld. Er wird also nicht — wie die Wechselkredite der Bundesbank im Rahmen der Kontingente — zur „Grundfinanzierung“, d. h. zur Finanzierung des tendenziell steigenden Zentralbankgeldbedarfs verwendet. Auf diese Grenzen des Lombardkredits hat am 31. Mai auch der Bundesbankpräsident vor der Presse hingewiesen: Dieses nur für ganz vorübergehende Liquiditätshilfen gedachte Instrument werde durch eine zu hohe Inanspruchnahme „denaturiert“.

Einige Konsequenzen

Ein Wiederaufleben der Inflation muß verhindert werden. Es würde den Kapitalmarkt funktionsunfähig machen. Die maßvolle Lohnpolitik würde um ihre Früchte gebracht werden, harte Verteilungskonflikte wären die Folge. Die Antizipation höherer Inflationsraten würde das reale Wirtschaftswachstum beeinträchtigen. Das Ziel der Geldpolitik steht also außer Frage. Umstritten ist aber der Weg dorthin.

Vieles spricht dafür, daß es vor allem die Entwicklung auf den Devisenmärkten war, die die Bundesbank von ihrem ursprünglichen Versteigungskurs ablenkte. Es ist heute müßig, darüber zu streiten, ob die Währungssituation wesentlich anders ausgesehen hätte, wenn die Notenbanken nicht auf den Devisenmärkten interveniert hätten. Tatsache ist, daß zumindest außenpolitische Rücksichten und institutionelle Bindungen (z. B. Europäisches Währungssystem) einen Verzicht auf Interventionen verbieten. Es wird also weiterhin mit Störungen der Geldpolitik von der außenwirtschaftlichen Seite her zu rechnen sein.

Es sollte aber möglich sein, mit diesen Störungen reibungsloser fertig zu werden als in der Vergangenheit. Erhöhungen der Mindestreserven zur Abschöpfung außenwirtschaftlich bedingter Liquiditätszuflüsse sind nicht nur strukturpolitisch unerwünscht, sondern sie haben auch eine übertriebene Signalwirkung. Auch der rasche Wechsel zwischen Kürzungen und Aufstockungen der Rediskontkontingente ist kein Zeichen für eine besonders flexible Geldpolitik; überdies entwertet er die Institution der Rediskontkontingente. Wahrscheinlich wäre die Geldpolitik sehr viel weniger hektisch ausgefallen, wenn sie den Liquiditätszuflüssen Ende vorigen Jahres

⁵ So erklärte der Präsident der Deutschen Bundesbank vor dem 13. Bankentag: „Der mit den Devisenabflüssen verbundene Liquiditätsentzug bei den Banken war zeitweise sogar erheblich stärker, als wir in unser Kalkül eingesetzt hatten.“ Abgedruckt in: Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln, 27. 3. 1979 (S. 2).

⁶ Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1978, S. 31.

und den Liquiditätsabflüssen in der jüngsten Zeit mehr als bisher mit Offenmarktoperationen begegnet wäre.

Das Argument, es fehle hierzu an einem breiten Markt für Offenmarkttitel und auch an den institutionellen Voraussetzungen für eine massive Offenmarktpolitik, ist vordergründig. Nichts spricht gegen die Schaffung dieser institutionellen Voraussetzungen, und der Ausbau dieses Instrumentariums würde auch einen breiten und funktionsfähigen Markt entstehen lassen. Warum sollte die Bundesbank nicht in die Lage versetzt werden, über die Mobilisierung ihrer Ausgleichsforderungen (8 Mrd. DM) und über ihr Kontingent an Liquiditätspapieren (ebenfalls 8 Mrd. DM) hinaus auf eigene Rechnung verzinsliche Titel verschiedener Laufzeiten zu emittieren? Warum sollte die Bundesbank nicht einen größeren Teil der von Bund und Ländern emittierten Schatzwechsel und Schatzanweisungen für Offenmarktzwecke in ihr Portefeuille nehmen, wie es schon seit langem

bei den öffentlichen Anleihen zur Kurspflege üblich ist? Die Emission von neu geschaffenen Titeln würde zwar im Vergleich zur Erhöhung der unverzinslichen Mindestreserven Kosten verursachen; angesichts der volkswirtschaftlichen Vorteile eines wirklich flexiblen geldpolitischen Instrumentariums, aber auch angesichts einer Durchschnittsverzinsung der Auslandsaktiva der Bundesbank von 5,5 % kann das Kostenargument nicht den Ausschlag geben.

Ende Mai erklärte sich die Bundesbank bereit, demnächst „lombardfähige, festverzinsliche Wertpapiere unter der Bedingung anzukaufen, daß sie innerhalb von 30 Tagen von den Banken zurückgekauft werden“. Diese Wertpapier-Pensionsgeschäfte — bisher gab es nur kurzfristige Wechsel-Pensionsgeschäfte — sind eine Bereicherung des geldpolitischen Instrumentariums. Ihre Einführung bestätigt, daß auch die Bundesbank die Vorzüge einer „geräuschlosen“ Offenmarktpolitik erkennt. Sie sollte diesen Weg konsequent fortsetzen.

Zur Lage der Sowjetwirtschaft 1978/79

Ziele des Fünfjahrplans nicht mehr erreichbar

Mit einer Zunahme des verwendeten Nationalprodukts¹ um 4 vH hat die sowjetische Wirtschaft im vergangenen Jahr ein plangerechtes Ergebnis erzielt. Trotz dieses — im internationalen Vergleich durchaus beachtlichen — Wachstums sind die Gesamtziele des laufenden Fünfjahrplans jedoch nicht zu erreichen. Überdies wurde dieses Wachstum nur durch einen ungeplanten Mehreinsatz von Arbeit und Kapital ermöglicht (Zunahme gegenüber 1977 in vH):

	Plan	Ist
Nationalprodukt	4	4
Beschäftigte	1	2
Nationalprodukt je Beschäftigten	3	2
Investition	3,5	5,5

Für 1979 ist ein gesamtwirtschaftliches Wachstum von reichlich 4 Prozent eingeplant. Vorausgesetzt wird allerdings eine Beschleunigung des Produktivitätsfortschritts in den produzierenden Bereichen (Zunahme der Produktion je Beschäftigten gegenüber Vorjahr in vH):

	1978 (Ist)	1979 (Plan)
Industrie	3,5	5
Landwirtschaft	5	.
Bauwirtschaft	2	4
Verkehr und Fernmeldetechnik	1,5	2

Noch in keinem Jahr des gegenwärtigen Planjahrs fünfts 1976/80 wurde indes die geplante Steigerungsrate der Arbeitsproduktivität realisiert. Die Partei und Staatsführung ist sich offensichtlich der Schwierigkeiten bewußt, das Planziel 1979 zu erreichen. Sie hat sich in jüngster Zeit wiederholt an die arbeitende Bevölkerung des Landes mit Appellen gewandt, in denen nicht nur eine effizientere Arbeit und flexiblere Haltung gefordert werden. Darüber

¹ In der amtlichen Berichterstattung der UdSSR wird die gesamtwirtschaftliche Leistung — anders als in den übrigen RGW-Staaten — durch das verwendete Nationalprodukt dargestellt, das ist die Inlandsverwendung von Gütern und Leistungen: Die Differenz zum produzierten Nationalprodukt besteht — neben volkswirtschaftlichen Verlusten — aus dem Außenhandelsaldo.

Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung in der UdSSR

Jährliche Veränderung in vH

	1975/70 ¹⁾	1976	1977	1978	1978	1979	1980/75 ¹⁾
	I s t				P l a n		
Bevölkerung	0,9	0,9	0,9	.	.	.	.
Beschäftigte	1,9	1,2	1,5	2,0	2) 1,0	.	.
Produziertes Nationalprodukt	5,7	5,3	4,7	2) 4,2	2) 4,5	2) 5,2	2) 5,0
Verwendetes Nationalprodukt	4,9	5,0	3,5	4,0	4,0	4,3	4,5-5,0
Bruttoproduktion der Industrie	7,4	4,8	5,7	4,8	4,5	5,7	6,2-6,8
Produktionsgüter	7,9	5,5	6,0	5,0	4,7	5,8	6,6-7,3
Konsumgüter	6,5	2,9	5,0	4,0	3,7	5,4	5,4-5,7
Arbeitsproduktivität ³⁾	6,0	3,0	4,1	3,6	3,8	4,7	5,5
Bruttoproduktion der Landwirtschaft	0,8	3,5	3,0	4,0	6,8	5,8	4) 2,7-3,2
Brutto-Anlageinvestitionen	6,9	4,4	3,0	5,0	3,4	4,5	4,7
Einzelhandelsumsatz ⁵⁾	6,3	4,8	4,4	3,9	3,9	4,8	5,2
Durchschnittseinkommen ⁵⁾ der							
Arbeiter und Angestellten	3,6	3,8	2,6	3,0	2,2	1,8	3,2
Kolchosbauern	4,3	6,0	4,3	4,4	4,0	5,2	4,4
Außenhandelsumsatz ⁶⁾	18,1	12,0	11,6	10,8	10,0	.	6,0
Ausfuhr ⁵⁾	15,9	16,7	18,7	7,2	.	.	.
Einfuhr ⁵⁾	20,4	7,8	4,8	14,8	.	.	.

1) Im Jahresdurchschnitt. — 2) Geschätzt. — 3) In der Industrie. — 4) Bezogen auf den vorangegangenen Fünfjahresdurchschnitt. — 5) Nominal. — 6) fob-Werte in jeweiligen Preisen und Wechselkursen.

Quellen: Statistisches Jahrbuch der UdSSR, diverse Jahrgänge; Planerfüllungsberichte bzw. Volkswirtschaftspläne; Angaben für 1978 und 1979 vorläufig.

hinaus wurden — zum Teil in ungewöhnlich scharfen Worten — die Mängel in der gesamtwirtschaftlichen Organisation des Landes angeprangert².

Industrie

Die Industrie — sie trägt mit über 52 Prozent zur gesamtwirtschaftlichen Leistung bei — hat 1978 mit einer Rate von knapp 5 vH ein Ergebnis erzielt, das zwar leicht über dem Planansatz, aber deutlich hinter dem Wachstum von 1977 lag. Die Produktion von Eisen- und Nichteisenmetallen, von Kohle und Erdöl konnte, laut Breschnew, nicht plangemäß aus-
geweitet werden, weil es nicht gelang, die für 1978 geplanten neuen Produktionskapazitäten rechtzeitig in Betrieb zu nehmen.

Die Primärenergieerzeugung erhöhte sich 1978 — faßt man Erdöl, Erdgas und Kohle zusammen — auf 1 985 Mill. t SKE (+ 3,8 vH). Sie soll in diesem Jahr, laut Plan, um einen Prozentpunkt schneller expandieren (auf 2 080 Mill. t). Auch bei der Produktion von elektrischer Energie soll die Zuwachsrate von 4 auf 5 vH erhöht werden; überdurchschnittlich soll die Stromerzeugung aus Kernkraftwerken (+ 21 vH) wachsen. Der Anteil der Kernenergie an der gesamten Stromproduktion betrug 1977 3 vH; er soll 1980 laut Plan auf 8 vH steigen.

Produktion von elektrischer und Primärenergie

	1978		1979 (Plan)	
	Menge	Zunahme gegenüber Vorjahr in vH	Menge	Zunahme gegenüber Vorjahr in vH
Elektrische Energie (Mrd. kWh)	1 202	4	1 265	5
Erdöl (Mill. t)	572	5	593	4
Erdgas (Mrd. cbm)	372	8	404	9
Kohle (Mill. t)	724	0	752	4

Führender Industriezweig war auch 1978 — mit einem Produktionszuwachs von 9 vH — der Maschinenbau, zu dem in der sowjetischen Statistik die Metallverarbeitung, die Elektrotechnik und Elektronik, die Feinmechanik und Optik sowie der Fahrzeugbau gehören. Die verfügbaren Informationen gestatten es jedoch nicht, die Entwicklung innerhalb dieses so breit gefächerten Zweiges im einzelnen zu analysieren. Fest steht, daß es 1978 besondere Schwierigkeiten beim Energiemaschinenbau gegeben hat. Die Produktionskapazitäten für den Bau von Ausrüstungen für Wärme-, Wasser- und Kernkraftwerke reichten bei weitem nicht aus, den wachsenden Ausrüstungsbedarf der Elektrizitäts-

wirtschaft zu decken. Die UdSSR hat die Einfuhr von Energiemaschinen im vergangenen Jahr um fast 50 vH gesteigert (Zunahme des Imports des Maschinenbaus insgesamt: + 26 vH) und sie wird auch 1979 Ausrüstungen dieser Art verstärkt importieren müssen.

Eine Schwachstelle in der Industrieproduktion war 1978 die Erzeugung von Nahrungsmitteln (+ 2 vH), insbesondere von Fleisch und Fisch³. Für 1979 sieht der Plan eine Steigerung der Nahrungsmittelproduktion um 6 vH vor; sie soll durch die inzwischen verbesserte Situation in der Getreide- und Viehwirtschaft ermöglicht werden.

Die Nahrungsmittelindustrie trägt mit einem Fünftel zur gesamtindustriellen Erzeugung bei, so daß es die günstigen Aussichten für diese Branche gewesen sein könnten, die die sowjetischen Planer veranlaßt haben, für 1979 mit einer Beschleunigung des Wachstums der gesamten Industrieproduktion zu rechnen (+ 6 vH). Die Entwicklung in der Landwirtschaft wird also ein weiteres Mal auch für das Produktionsergebnis der Industrie maßgeblich sein.

Landwirtschaft

Der Zuwachs der Agrarproduktion (+ 4 vH) ging 1978 in entscheidendem Maße auf den Erfolg im Getreideanbau zurück, der eine Rekordernte von 235 Mill. t (40 Mill. t mehr als 1977) melden konnte. Die Ergebnisse waren bei den übrigen Produkten des Pflanzenbaus — vor allem bei Hackfrüchten — wesentlich bescheidener; in technischen Kulturen (Baumwolle, Sonnenblumensamen) wurden sogar Ertragsminderungen gegenüber dem Vorjahr registriert. Unbefriedigend war vor allem die Entwicklung der tierischen Produktion.

Ein indirekter Hinweis auf die derzeit in der sowjetischen Führung herrschende Skepsis gegenüber der Leistungsfähigkeit der staatlichen und genossenschaftlichen Agrarbetriebe ist wohl auch in der ausdrücklichen Würdigung der privaten Landwirtschaft zu sehen, die von den Kolchos- und Sovchosbauern in ihrem „Hofland“ (ca. 0,3 ha Gartenland) auf eigene Rechnung betrieben wird. Die Arbeit dieser „Privatproduzenten“ im Nebenberuf

² Breschnew: „Das Wichtigste besteht aber in diesem Falle darin, daß die zentralen Wirtschaftsorgane, die Ministerien und Ämter zu langsam die Umstellung der gesamten Wirtschaft auf die intensive Entwicklung vornehmen. Sie haben es noch nicht verstanden, die notwendige Verbesserung der qualitativen Aspekte ihrer Arbeit sowie eine Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu erreichen. Daher die Schwierigkeiten, die ein schnelleres Anwachsen der Wirtschaft hemmen.“ In: Neues Deutschland vom 29. 11. 1978.

³ Breschnew: „Bekanntlich wird der Bedarf an einigen Lebensmitteln, insbesondere an Fleisch, nicht voll gedeckt.“ In: Neues Deutschland vom 29. 11. 1978.

— sie tragen rund ein Viertel zur gesamten landwirtschaftlichen Produktion bei — soll neuerdings wieder stärker von staatlicher Seite ermutigt und materiell unterstützt werden.

Landwirtschaftliche Produktion der UdSSR

Erzeugnis	Einheit	1971/1) 1975	1976/80,1) (Plan)	1976	1977	1978
Getreide	Mill.t	181,6	215-220	223,8	195,5	235
Kartoffeln	Mill.t	89,9	.	85,1	83,7	85,9
Gemüse	Mill.t	23,0	.	25,0	24,1	26,3
Baumwolle	Mill.t	7,7	8,5	8,3	8,8	8,5
Fleisch ²⁾	Mill.t	14,0	15-15,6	13,6	14,7	15,2
Milch	Mill.t	87,4	94-96	89,7	94,9	94,5
Eier	Mrd.Stück	51,4	58-61	56,2	61,2	64,4
Wolle	1000 t	442	.	436	459	462

1) Im Jahresdurchschnitt. — 2) Schlachtgewicht.
Quellen: SSSR v cifrach v 1978 godu. Moskau 1979, S. 108 und 109.
Pravda vom 14.12.1975.

Investitionen und Verbrauch

Die Analyse der Entwicklung in der Güterverwendung ist wegen der besonders lückenhaften, widerspruchsvollen⁴ und unklaren⁵ Informationen erschwert.

Die Brutto-Anlageinvestitionen sind 1978 um schätzungsweise 5,5 vH und damit schneller gewachsen, als im Plan vorgesehen (+ 3,5 vH). In diesem Jahr soll sich ihre Zunahme — dem mittelfristigen Planziel entsprechend — um einen Punkt abschwächen. Die staatlichen Investitionen wachen in beiden Jahren überdurchschnittlich:

	1978		1979 (Plan)	
	Mrd. Rbl	Zunahme gegenüber Vorjahr in vH	Mrd. Rbl	Zunahme gegenüber Vorjahr in vH
Anlageinvestitionen insgesamt	128,7	5,5	134,5	4,5
davon:				
Staatliche Investitionen	111,1	6,0	116,5	4,9
Sonstige Investitionen	17,6	2,3	18,0	2,3
darunter:				
Investitionen der Kolchosen	11,5	4,5	11,8	2,6

Der im Plan vorgesehene Rückgang des Investitionswachstums betrifft in erster Linie die landwirtschaftlichen Investitionen⁶; sie sollen im laufenden Jahr unterdurchschnittlich expandieren (+ 2,5 vH). Die Landwirtschaft leistet einen Beitrag zum Nationalprodukt von 17 vH; beträchtlich höher ist aber immer noch ihr Anteil an der laufenden Kapitalbildung (in vH):

	Anteil der Landwirtschaft an den Gesamtinvestitionen ¹⁾	Staatlichen Investitionen ²⁾
1977	27	21
1978	26,5	20,5
1979 (Plan)	26	20

¹⁾ Für Staatsgüter und Kolchosen. — ²⁾ Nur für Staatsgüter.

Knapp 20 Prozent (25 Mrd. Rubel) der diesjährigen Investitionsaufwendungen — erheblich mehr als bisher — sollen dem Verkehr zugute kommen, der in den letzten Jahrzehnten besonders vernachlässigt wurde. Die gegenwärtigen Anstrengungen stehen aber auch im engen Zusammenhang mit der Industrialisierung Sibiriens: 1979 sollen 10 000 km neue Erdöl- und Gasleitungen und 770 km neue Eisenbahnstrecken — darunter eine 220 km lange Teilstrecke der Baikal-Amur-Magistrale (BAM) gebaut werden.

Der Einzelhandelsumsatz, Hauptindikator des privaten Verbrauchs, expandierte plangemäß um 4 vH. Im Fünfjahrplan ist eine jährliche Zunahme von 5 vH vorgesehen. Diese Zunahme ist in keinem der ersten drei Jahre dieser Planperiode realisiert worden. Die Ursache liegt nicht bei der Nachfrage, sondern beim Angebot. Neben den traditionellen Mängeln im Sortiment und in der Qualität der angebotenen Waren gibt es immer noch — zeitlich oder regional begrenzte — Versorgungsengpässe vor allem bei wichtigen Nahrungsmitteln, und in letzter Zeit besonders bei Fleisch. Die bisher vorliegenden Angaben für einzelne Waren oder Warengruppen zeigen, daß der Umsatz von industriellen Konsumgütern generell schneller expandiert als der von Nahrungsmitteln. Für 1979 ist insgesamt eine leichte Beschleunigung des Umsatzes vorgesehen (+ 5 vH).

Nachholbedarf besteht nach wie vor auch in der Wohnungsversorgung, obwohl sich die Situation am

⁴ Die Brutto-Anlageinvestitionen haben sich 1978 laut Planerfüllungsbericht um 5 vH auf 128,7 Mrd. Rbl erhöht. Die Investitionssumme des Vorjahres wird in der amtlichen Statistik jedoch mit 122 Mrd. ausgewiesen, so daß sich eine Zunahme von 5,5 vH errechnet. Im Plan 1979 ist ein Anstieg der Investitionen um 4,5 vH auf 132 Mrd. Rbl angegeben; auf der Basis von 128,7 Mrd. Rbl errechnet sich für 1979 eine Investitionssumme von 134,5 Mrd. Rbl.

⁵ Im Planerfüllungsbericht wurde mitgeteilt, daß sich die Realeinkommen der Bevölkerung 1978 um 3 vH erhöht haben. Wie dieses Aggregat ermittelt wird, ist unbekannt. Es läßt sich auch nicht interpretieren, weil neben den Angaben über die durchschnittlichen Einkommen der Arbeiter und Angestellten sowie den Kolchosbauern keine weiteren Einkommensdaten veröffentlicht werden. Zudem fehlen zuverlässige Informationen über die Preisentwicklung und über die Entwicklung der Lebenshaltungskosten.

⁶ Ohne die Landwirtschaft soll die aus dem Staatshaushalt finanzierte Investitionstätigkeit um 5,5 vH zunehmen.

Entwicklung des sowjetischen Außenhandels

	1978	1975/70 ²⁾	1976	1977	1978	1971/75	1976	1977	1978
	Mrd. TRB ³⁾	Veränderung gegenüber Vorjahr in vH				Struktur in vH			
E i n f u h r									
Alle Länder	34,6	20,3	7,9	4,8	14,8	-----100-----			
Sozialistische Länder ⁴⁾	20,7	15,2	8,2	13,7	20,8	57,7	52,5	57,1	59,9
RGW-Länder ⁵⁾	19,3	14,7	7,8	13,7	22,3	53,5	48,3	52,5	55,8
Bulgarien	3,0	14,7	13,3	14,0	20,2	8,2	7,6	8,3	8,7
CSSR	3,1	11,3	17,6	9,6	25,5	8,6	7,7	8,0	8,9
DDR	3,7	11,2	5,2	10,3	21,0	12,5	9,7	10,3	10,7
Polen	3,6	16,2	3,3	15,6	25,3	9,9	8,6	9,6	10,4
Rumänien	1,0	11,7	0,7	23,2	- 4,2	3,7	2,9	3,3	2,8
Ungarn	2,4	17,5	6,5	13,9	24,0	6,6	6,0	6,6	7,0
OECD-Länder	11,0	30,6	11,7	- 8,3	10,6	31,2	37,9	33,2	31,9
EG-Länder	5,0	27,7	1,7	- 4,4	15,6	14,6	15,6	14,3	14,4
Bundesrepublik									
Deutschland	2,0	41,9	1,7	- 9,5	10,6	6,0	6,9	6,0	5,7
Frankreich	1,0	22,8	15,2	- 2,1	7,8	2,8	3,2	3,0	2,8
Italien	0,9	22,9	-10,9	11,4	8,5	2,5	2,4	2,7	2,5
Großbritannien	0,7	10,5	10,6	- 8,2	76,6	1,3	1,4	1,3	1,9
Finnland	1,2	25,2	18,2	13,6	5,6	2,7	3,4	3,7	3,4
Japan	1,6	32,2	9,5	5,3	9,6	3,7	4,8	4,7	4,6
Österreich	0,3	20,9	-15,4	36,9	3,3	1,0	0,7	1,0	0,8
USA	1,6	70,0	37,1	-37,1	27,3	4,3	7,0	4,3	4,6
Entwicklungsländer ⁶⁾	2,7	21,5	- 9,2	7,4	- 5,4	10,9	9,2	9,6	7,9
Restposten	0,2	18,5	22,6	0	72,3	0,2	0,4	0	0,3
A u s f u h r									
Alle Länder	35,6	15,8	16,6	18,7	7,2	-----100-----			
Sozialistische Länder ⁴⁾	21,2	14,1	12,8	16,1	11,1	59,7	58,7	57,4	59,5
RGW-Länder ⁵⁾	19,8	14,3	11,8	16,9	13,3	54,2	53,3	52,6	55,5
Bulgarien	3,1	19,6	10,5	16,8	18,3	8,0	8,1	8,1	8,8
CSSR	3,0	13,3	14,9	15,5	12,0	8,6	8,3	8,1	8,4
DDR	4,0	11,4	8,0	13,8	8,8	12,1	11,5	11,1	11,2
Polen	3,4	15,0	12,4	16,2	7,9	9,7	9,8	9,6	9,7
Rumänien	1,0	9,5	9,7	30,3	- 3,2	3,1	2,7	3,0	2,7
Ungarn	2,4	16,9	6,8	16,7	16,0	6,5	6,3	6,3	6,7
OECD-Länder	8,7	22,8	27,9	12,6	- 1,0	25,0	28,2	26,7	24,4
EG-Länder	5,2	22,3	41,5	10,6	1,0	13,4	16,8	15,6	14,7
Bundesrepublik									
Deutschland	1,5	32,0	26,1	15,1	11,5	3,3	4,2	3,9	4,2
Frankreich	0,8	31,5	56,1	6,0	2,4	1,8	2,8	2,4	2,4
Italien	1,1	27,4	67,6	2,0	2,0	2,3	3,8	3,3	3,1
Großbritannien	0,8	7,2	39,6	16,1	-12,7	3,0	2,9	3,0	2,3
Finnland	1,0	28,9	7,8	6,1	- 4,4	3,4	3,5	3,3	2,8
Japan	0,7	14,4	11,8	14,0	-13,8	3,4	2,7	2,7	2,1
Österreich	0,4	26,7	25,1	28,9	5,3	1,1	1,0	1,2	1,0
USA	0,3	18,8	45,3	36,7	- 6,8	0,7	0,7	0,9	0,7
Entwicklungsländer ⁶⁾	2,8	12,2	- 0,9	26,3	17,1	8,3	6,7	7,2	7,8
Restposten	2,9	14,0	30,7	61,1	1,3	7,0	6,4	8,7	8,3

1)fob-Werte in jeweiligen Preisen und Wechselkursen.-2)Im Jahresdurchschnitt: 1975 gegenüber Basisjahr 1970.-3)Transfer-Rubel 1978 = 1,47 US-\$. -4)RGW-Länder und VR China, Jugoslawien, Nordkorea, Vietnam.-5)Bulgarien, CSSR, DDR, Kuba, Mongolei, Polen, Rumänien, Ungarn.-6) Soweit amtlich ausgewiesen.

Quellen: Außenhandelsjahrbücher der UdSSR, diverse Jahrgänge, und Außenhandel der UdSSR. Heft 3/1979.

Wohnungsmarkt durch die kontinuierliche Neubautätigkeit langsam entspannt. Jährlich werden (seit etwa 20 Jahren) 2,1 bis 2,2 Mill. Wohnungen oder Eigenheime gebaut, überwiegend in Städten und städtischen Siedlungen, den Zentren des Bedarfs.

Seit 1970 wuchs die Stadtbevölkerung um rund 27 Mill. Menschen, während die Landbevölkerung gleichzeitig um 8 Mill. abnahm. Dennoch wurde die durchschnittliche Wohnfläche je städtischen Einwohner vergrößert (von 11,2 qm 1970 auf 12,4 qm 1978),

weil der Neuzugang an Wohnraum das Wachstum der Stadtbevölkerung übertraf. Über die bauliche Ausstattung der Wohnungen werden nur in größeren Abständen Angaben gemacht. Danach waren 1970 rund 75 vH der Neubauwohnungen mit Zentralheizung, Bad und Kanalisation ausgestattet⁷. Die Durchschnittsgröße je Wohneinheit (nur Neubau) steigt indes nur langsam. Sie liegt gegenwärtig bei 52 qm gegenüber 43 qm 1960 und 47 qm 1970.

Einkommensentwicklung

Die Arbeitseinkommen werden leistungsabhängig erhöht, aber auch durch gezielte Aktionen heraufgesetzt. So werden die Einkommen aller Beschäftigten im nicht-produktiven Sektor, also der Arbeiter und Angestellten im Handel, in der Verwaltung, im Gesundheits- und Bildungswesen und anderen dienstleistenden Bereichen, seit dem 1. 12. 1976 schrittweise erhöht; 1978 kamen die Beschäftigten der mittelasiatischen Republiken sowie der Wolga- und Uralregionen in den Genuß dieser Aufbesserungen. Außerdem wurden 1978 die Arbeitslöhne einiger Berufsgruppen (Kohle- und Schieferindustrie, Bauwesen und Landwirtschaft) heraufgesetzt. Dadurch stieg der volkswirtschaftliche Durchschnittslohn um 3 vH auf 160 Rubel. Für 1979 werden die Chancen für Lohnerhöhungen offenbar geringer eingeschätzt: der Durchschnittslohn soll nur um 2 vH auf 163 Rubel zunehmen, da auch in der Sowjetunion die Preise weiter steigen dürften, wird sich die reale Kaufkraft der Arbeitseinkommen kaum noch erhöhen.

Die Kolchosbauern, deren Einkommen weit unter dem volkswirtschaftlichen Durchschnitt liegen, verdankten 1978 den guten Ernteergebnissen des Vorjahres einen Einkommenszuwachs von 4,5 vH (Plan: 4 vH) auf 110 Rubel im Monat (ohne Einkünfte aus dem privaten Hofland). Für die Einkünfte aus dem privaten Hofland wird im Durchschnitt ein Betrag von einem Drittel des Basiseinkommens geschätzt.

Tendenzen der Außenhandelsentwicklung

Die Einfuhren der UdSSR haben sich 1978 erstmals in diesem Planjahrfünft deutlich stärker erhöht (+ 15 vH) als die Ausfuhren (+ 7 vH). Der Ausführüberschuß erreichte mit 1,1 Mrd. Transfer-Rubel nur noch ein Drittel des Rekordstands von 1977 (3,2 Mrd. TRbl.).

Zu diesem Ergebnis hat die Entwicklung des RGW und des OECD-Handels gleichermaßen beigetragen. Zwar ist die sowjetische Ausfuhr in den RGW-Raum um gut 11 vH und damit ein weiteres Mal kräftig ausgeweitet worden (1977: + 17 vH; 1976: + 11 vH). Noch stärker, um reichlich 22 vH (1977: + 14 vH; 1976: + 8 vH), expandierten aber die sowjetischen Importe aus den Mitgliedsstaaten des RGW. Der

sowjetische Ausführüberschuß gegenüber dieser Region — der im wesentlichen identisch ist mit kurz- und mittelfristigen Warenkrediten der UdSSR — wurde gegenüber dem Vorjahr um über eine Mrd. auf 0,5 Mrd. TRbl reduziert. In diesem Ergebnis schlug sich allerdings nieder, daß die von den übrigen RGW-Ländern (ohne Rumänien) gebaute Orenburg-Pipeline erst mit der Übergabe statistisch verbucht, also den sowjetischen Importen des Jahres 1978 zugerechnet wurde⁸.

Infolge dieses „Orenburg-Effekts“ hat sich auch die regionale Zusammensetzung der sowjetischen Maschineneinfuhr, die auch Großrohre enthält, verändert⁹:

	1977		1978	
	Mrd. TRbl	Anteil in vH	Mrd. TRbl	Anteil in vH
Maschineneinfuhr insgesamt	11,5	100,0	14,5	100,0
davon aus:				
RGW-Ländern	6,6	57,4	9,1	63,0
Westlichen Industrieländern	4,4	38,3	4,8	33,0
Sonstigen Ländern	0,5	4,3	0,6	4,0

Nach einem Rückgang der sowjetischen Einfuhr aus den OECD-Ländern im Jahre 1977 um 8 vH ergab sich im vergangenen Jahr wieder ein Zuwachs (+ 11 vH). Gleichzeitig sind die Exporte in den Westen absolut zurückgegangen (– 1 vH), so daß die sowjetische Handelsbilanz mit einem Passivsaldo in Höhe von 2,3 Mrd. TRbl (oder 3,4 Mrd. US-\$) abschloß. Dieser Fehlbetrag im Handel mit den westlichen Industrieländern, der doppelt so hoch war wie 1977, ist in erster Linie gegenüber den USA und Japan entstanden: Die UdSSR hat 1978 in den Vereinigten Staaten — trotz der Rekord-Getreidernte von 235 Mill. t — Agrargüter im Wert von 1,4 Mrd. US-\$ gekauft. Dieser Betrag entspricht rund 80 Prozent ihres Einfuhrüberschusses aus den USA.

⁷ Ekonomiceskaja Gazeta, Nr. 43/1972.

⁸ Von Januar bis September 1978 steigerte die Sowjetunion ihre Einfuhr aus den übrigen RGW-Ländern um knapp 12 vH, für die letzten drei Monate dieses Jahres weist die Statistik aber eine Zunahme gegenüber der vergleichbaren Vorjahrsperiode von rund 58 vH aus, Lieferungen aus Polen 69 vH, aus Ungarn 66 vH, aus der CSSR 59 vH, aus Bulgarien 52 vH, aus der DDR 47 vH. Nur die Importe aus Rumänien gingen in dieser Zeit um 5 vH zurück.

⁹ Von den Investitionen des Jahres 1978 entfielen 46 vH (59 Mrd. Rbl) auf Ausrüstungsinvestitionen. Unterstellt man, daß die Kaufkraft des Binnen-Rubels in diesem Sektor mit derjenigen des Transfer-Rubels identisch ist, dann stammten 25 Prozent aller investierten Ausrüstungen aus dem Ausland (und 15 vH aus dem Westen) —, dies dürfte der höchste Grad der Importverflechtung sein, den die Sowjetwirtschaft in ihrer Geschichte erzielt hat.

Entwicklung der sowjetischen Handelsbilanz

Länder bzw. Ländergruppen	1971/75 ¹⁾	1976	1977	1978	1971/75 ¹⁾	1976	1977	1978
	Saldo ²⁾ in Mrd. TRbl				Ausfuhr in vH der Einfuhr			
Alle Länder	0,15	- 0,74	3,16	1,09	100,2	97,4	110,5	103,2
Sozialistische Länder	1,82	1,34	1,93	0,47	103,7	108,9	111,2	102,3
RGW-Länder	0,63	1,04	1,66	0,47	101,4	107,5	110,5	102,4
Bulgarien	- 0,11	0,09	0,16	0,15	98,4	104,0	106,6	104,9
CSSR	- 0,04	0,10	0,24	- 0,06	99,5	104,4	110,0	98,2
DDR	- 0,28	0,44	0,60	0,27	97,4	115,8	113,8	107,3
Polen	- 0,10	0,27	0,32	- 0,15	98,8	110,7	111,3	95,8
Rumänien	- 0,44	- 0,06	- 0,02	- 0,01	86,0	82,8	98,2	99,2
Ungarn	- 0,06	0,05	0,11	- 0,03	99,0	102,9	105,4	98,6
OECD-Länder	- 5,26	- 3,00	- 1,11	- 2,26	80,3	72,5	88,9	79,2
EG-Länder	- 0,98	0,21	0,89	0,26	92,2	104,6	120,6	105,2
Bundesrepublik Deutschland	- 2,31	- 0,81	- 0,44	- 0,47	55,0	59,1	75,5	76,1
Frankreich	- 0,87	- 0,15	- 0,08	- 0,13	64,1	83,8	90,7	86,2
Italien	- 0,12	0,36	0,30	0,25	94,2	150,8	138,0	129,7
Großbritannien	1,47	0,42	0,58	0,17	230,1	202,2	255,8	126,4
Finnland	0,54	0,00	- 0,07	- 0,18	123,0	100,2	93,5	84,6
Japan	- 0,24	- 0,62	- 0,59	- 0,85	92,5	54,5	59,1	46,5
Österreich	0,01	0,08	0,09	0,10	100,9	142,5	133,8	136,4
USA	- 3,06	- 1,81	- 0,99	- 1,35	16,0	9,9	21,5	15,8
Entwicklungsländer	- 2,29	- 0,77	- 0,51	0,06	75,6	71,0	82,4	102,0
Restposten	5,88	1,69	2,85	2,83	.	.	.	.

1) Kumulierte Werte.-2) Defizit.
 Quellen: Außenhandelsjahrbücher der UdSSR, diverse Jahrgänge; Außenhandel(UdSSR) Nr. 3/1979, Beilage.

Da die Sowjetunion keine Zahlungsbilanzstatistik veröffentlicht, gibt es über die Finanzierung des Handelsdefizits nur westliche Schätzungen. Nach Angaben der ECE in Genf (Economic Survey of Europe 1978) hat sich die UdSSR in den Monaten Januar bis Juni 1978 mit 2,2 Mrd. US-\$ zusätzlich im Westen verschuldet (Schuldenstand Ende 1977: 16 Mrd. US-\$). Nach Pressemeldungen hat sie darüber hinaus im vergangenen Jahr 440 t Gold¹⁰ auf westlichen Märkten verkauft; 1976 und 1977 hatte sie aus den Goldverkäufen insgesamt 3,2 Mrd. US-\$ Erlöst.

Laut Plan sollte der Außenhandelsumsatz (Ausfuhr zuzüglich Einfuhr) der UdSSR 1978 um 10 vH zuneh-

men, der Anteil der sozialistischen Länder am Umsatzwert dabei 59 vH erreichen. Beide Planziele wurden leicht übererfüllt.

Im veröffentlichten Zahlenwerk für das Planjahr 1979 werden keine Zuwachsraten für den Außenhandel genannt. Aus den Ausführungen des Chefs der staatlichen Plankommission, Bajbakow, geht hervor, daß für die sozialistischen Partnerländer eine Anteilssteigerung auf 61 vH geplant ist.

¹⁰ Bei einem geschätzten Preis von 180 US-\$ Feinunze belaufen sich die Erlöse auf 2,8 Mrd. US-\$.

— Die nächste Nummer des Wochenberichts erscheint am 21. 6. 1979 —

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
 Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
 Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Kregel, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Bundesbank wieder auf „antizyklischem“ Kurs? bearbeitet von Reinhard Pohl. —

Zur Lage der Sowjetwirtschaft 1978/79 bearbeitet von Heinrich Machowski und Maria Elisabeth Ruban.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.
 Bezugspreis für den Jahrgang DM 80,—, vierteljährlich DM 25,—, Einzelnummer DM 3,—.

— Hierzu ein Prospekt des Verlages Duncker & Humblot —